

## #ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 3 | März 2025



Moin,

Diese Plenarwoche war **intensiv**. Es ging unter anderem um den Schutz für unsere Kinder, Wertschätzung für unsere Kultur, mehr Tempo beim Bauen – und um Rückhalt für unsere Bundeswehr.

Themen, die zeigen: **Politik muss Halt geben, Freiheit sichern und Zukunft ermöglichen** – mit klarer Haltung und einem offenen Ohr für das, was Menschen bewegt.

Ich nehme Sie mit – zurück auf das, was war und nach vorne auf das, was kommt.

**Viel Freude beim Lesen und Stöbern!**

**Ihre**

**Anna Bauseneick MdL**

Das war im Plenum los

## Stärkung unserer Bundeswehr



Die **sicherheitspolitische Lage ist angespannt** – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, geopolitische Krisen und hybride Bedrohungen zeigen: Unsere Freiheit ist verletzlich. Deshalb braucht Deutschland eine **starke Verteidigung** – und **Niedersachsen** muss dabei eine **aktive Rolle** übernehmen.

Bei unserer Fraktionssitzung in der Von-Düring-Kaserne in Rotenburg (Wümme) wurde erneut deutlich, was es dafür braucht: verlässliche politische Rückendeckung, schnelle Entscheidungen und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Wir haben mit Soldatinnen und Soldaten gesprochen, ihre Sorgen gehört – aber auch ihren unermüdlichen Einsatz erlebt. Klar ist: Wer für uns bereit ist, das Äußerste zu geben, darf **keine leeren Versprechen** bekommen.

Genau deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Bundeswehr in Niedersachsen stärkt – konkret, wirksam und zukunftsgerichtet.

**Sicherheit** beginnt nicht erst an den Außengrenzen. Sie **beginnt hier bei uns** – in den Schulen, an Hochschulen und in den Rathäusern. Die Bundeswehr wird gleichberechtigter Partner bei der Berufsorientierung junger Menschen. Und: Hochschulen werden verpflichtet, bei sicherheitsrelevanter Forschung mit der Bundeswehr zu kooperieren. Die sogenannte „**Zivilklausel**“ **wird**

**abgeschafft** – denn Forschung darf nicht durch Ideologie begrenzt werden, wenn sie uns schützt.

Auch die Infrastruktur unserer Truppenstandorte muss schneller ertüchtigt werden. Dafür sorgen wir mit vereinfachten Verfahren im Bau- und Denkmalschutzrecht – ohne Qualitätsverlust, aber mit dem klaren Ziel: mehr Geschwindigkeit. Zudem werden **militärische Belange** künftig als „**überragendes öffentliches Interesse**“ in der Raumplanung verankert. Lüneburg steht seit Jahrzehnten an der Seite der Bundeswehr – als Standort, als Arbeitgeber, als Gemeinschaft. Dieses Gesetz ist deshalb auch ein Zeichen für die Menschen in Uniform hier bei uns vor Ort. Niedersachsen darf nicht nur Zuschauer sein. **Wir wollen mitgestalten** – für ein Land, das seine Freiheit verteidigt. Mit klugen Köpfen, starker Bildung, moderner Forschung und politischem Rückgrat.

Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion

## Es geht um die Kartoffel



Schilf-Glasflügelzikanen breiten sich auch in Niedersachsen aus – mit Folgen für unsere Landwirtschaft. **Besonders bedroht:** Kartoffeln, Rüben, Möhren, Rote Bete und Zwiebeln. Ein flächendeckender Befall ist laut Landesregierung nicht auszuschließen. **Eine Schadensabschätzung? Fehlanzeige.**

Für mich ist klar - **Wir müssen jetzt handeln:**

- Notfallzulassungen für Pflanzenschutz
- Forschung zu resistenten Sorten
- Starker politischer Einsatz für unsere Anbauregionen.

Insbesondere die **Kartoffel ist ein Aushängeschild unserer Region** und sie soll auch morgen noch auf unseren Feldern wachsen.

Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion

# Opferschutz im Netz

Bei der Aufklärung schwerster Straftaten wie sexuellem Missbrauch an Kindern stoßen die Ermittlungsbehörden in Niedersachsen immer wieder an ihre Grenzen. Ein zentraler Grund dafür: **Die IP-Adressen**, die zur Identifikation der Täter notwendig wären, **stehen nicht mehr zur Verfügung**. Die Daten werden gelöscht, bevor Ermittlungen überhaupt beginnen können. Als CDU-Fraktion haben wir deshalb im Niedersächsischen Landtag eine Bundesratsinitiative für eine gezielte und rechtssichere Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen gefordert.

Es geht uns dabei nicht um flächendeckende Überwachung oder um anlasslose Datenspeicherung. Es geht darum, **Ermittlungen dort zu ermöglichen**, wo Kinder Schutz brauchen und **Täter zur Rechenschaft gezogen werden** müssen.

Der **Europäische Gerichtshof** hat die **rechtlichen Möglichkeiten dafür geschaffen**. Nun liegt es an uns, sie konsequent und verantwortungsvoll zu nutzen. **Unser Antrag wurde abgelehnt**.

Antrag der CDU-Fraktion

## Planungssicherheit für unsere Kulturschaffenden



Zwei Jahre nach Inkrafttreten des Kulturfördergesetzes bleibt die Umsetzung durch Rot-Grün bislang aus. **Die Bühne steht – aber niemand spielt**. Auch unsere Region wird durch Kultur gestärkt und zieht Gäste an. Ob Theater, Museen, Musikschulen oder die freie Szene – **Lüneburg zeigt, wie Kultur gelebt wird**. Doch während Kulturschaffende vor Ort mit Leidenschaft und Kreativität wirken, **fehlt aus dem Ministerium jede**

**Unterstützung.** Der gesetzliche Rahmen allein reicht nicht – es braucht politischen Willen und konkrete Maßnahmen.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, dass der jährliche Kulturförderbericht, eine **unabhängige Kulturkommission** und die echte Beteiligung der Kulturszene endlich umgesetzt werden.

Antrag der CDU-Fraktion

## Weniger Hürden, mehr Häuser



Niedersachsen braucht dringend ein Bauordnungsrecht, das den Weg für **schnelleres, einfacheres und kostengünstigeres Bauen** frei macht. Mit einem Entschließungsantrag zur Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung bringt die CDU-Landtagsfraktion **zwölf konkrete Vorschläge** ein. Ziel ist der Abbau überflüssiger Bürokratie, klare Regeln bei Rettungswegen, mehr Freiheit bei Stellplatzsatzungen und ein **realistischer Umgang mit der Photovoltaikpflicht**. Insbesondere kleine Bauherren, Kommunen und Handwerksbetriebe sollen spürbar entlastet werden.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

**Gastbeitrag von Christian Calderone  
MdL**



- seit 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
- Unterausschuss für "Justizvollzug und Straffälligenhilfe"
- Datenschutzkommission

## **Unsere deutsches Verhältnis zum Staat Israel - eine reine historische Definition wird nicht ausreichen**

Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels aus. Der neue Staat ging aus einem Teil des britischen Mandatsgebietes hervor und basierte auf einem Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Fast exakt ein Jahr später, am 23. Mai 1949, verkündete Konrad Adenauer das Grundgesetz und erklärte damit, dass die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten wird. Diese beiden Staatsgründungen des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland liegen nicht durch Zufall in enger zeitlicher Nähe. Sie sind auch historisch und faktisch eng miteinander verknüpft. Denn der israelische Staat ist auch auf dem Menschheitsverbrechen des Holocaust gegründet, die deutsche Bundesrepublik auch auf den Trümmern von Diktatur und Zweitem Weltkrieg. Damit verbindet die Staatsgründungen Deutschlands und Israels eine gemeinsame Geschichte: Schließlich waren unter den Staatsgründern Israels die Überlebenden der Todeslager und die Vertriebenen aus den Ghettos. Aber diese waren eben nicht nur Opfer, sondern insbesondere Europäer. Menschen also, die wie wir eine europäische Geschichte von Revolution, Reformation und Aufklärung erlebt haben. Im deutschen Verhältnis zu Israel wird stets die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel betont. Sie existiert. Ohne Zweifel und auf Dauer. Die Verbindung Israels mit Deutschland und Europa aber ist viel tiefgehender – sie basiert auf der deutschen Schande des Holocaust. Sie basiert darüber hinaus auf Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte und eines gemeinsamen Ringens um Freiheit. Und diese manifestiert sich auch darin, dass bereits 1926 in Berlin das „Deutsche Komitee Pro Palästina“ ins Leben gerufen wurde, welches die Gründung eines jüdischen Staates in der deutschen Öffentlichkeit positiv vertreten wollte. (Seinerzeit bezeichnete der Begriff „Palästina“ richtigerweise eine Region, der Mythos eines „palästinensischen Volkes“ war noch nicht erfunden.) Deutsche

und Europäer verbindet mit der Staatsgründung des Staates Israel viel mehr, als ein Rückblick auf den Nationalsozialismus und auf die Diktatur und auf die Schande des Holocaust. Uns verbinden eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kulturgeschichte, eine gemeinsame Geschichte der Freiheit, gemeinsame Werte und der gemeinsame Wille, dem jüdischen Volk im Land Israel eine Heimat zu schaffen. Und diese Gemeinsamkeiten existieren länger als die gemeinsame Erinnerung an den Holocaust. Was für ein Glück!

Mehr zu Christian Calderone

## So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: [info@anna-bauseneick.de](mailto:info@anna-bauseneick.de)



### **Anna Bauseneick MdL**

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}

You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

